

Erzähler vom Westermwald

Hachenerburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westermwaldgebiets

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Hachenburg.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen wegfallen.

Hachenburg, Freitag, den 3. Mai 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechszeilige Zeile oder deren
Raum 20 Pfg., die Reklamezeile 60 Pfg.

10. Jahrg.

103
Zugpreis: vierteljährlich 2 40 M.,
monatlich 80 Pfg. mit Beilagen; durch die
Post 2 25 M. bezw. 75 Pfg. ohne Beilagen.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

Mat. In Blandern heftiger Feuerkampf. — Die
Abwehr wird von finnischen Truppen genommen.
Der Arim wird Protopia befeht.

Wir!

Einem der Großen des britischen Reiches soll das
Sterblichkeitsgelände gelautet werden: dem Lord
Kilgobry, der als Stellvertreter des Königs in
Kabinetsrat eintrat. Zum Ober der Propa-
ganda im feindlichen Ausland wurde er ernannt, nachdem
vorher durch seine Bearbeitung der öffentlichen
Meinung in Amerika als Meister auf diesem Gebiete be-
kannt war. Aber siehe da: das feindliche Ausland
ist doch nicht genügend nach seiner Weise
zu wirken. Wenigstens erzählt man sich in London,
daß die Regierung mit den neuesten Leistungen dieses
Propagandaführers im höchsten Grade unzufrieden sei.
Nur, daß die Stimmung in Deutschland namentlich
in den letzten Wochen und Monaten noch ungleich kriegs-
gläubiger geworden sei, daß die Widerstandskraft des
Volkes sich eher verschärft als abgeschwächt habe, und daß
deshalb, ihn in absehbarer Zeit in seiner inneren
Stärke zu erschüttern, so ziemlich als verloren bezeichnet
werden müßte. Die Bereitwilligkeit, gegenwärtigen Ein-
flüssen Gehör zu schenken, mit denen schon
vielerlei vielversprechende Erfolge erzielt wurden, habe
jedoch dem Argwohn Platz gemacht, ja die deutsche Presse,
wenn auch schon diesen und jenen Bären aufgebunden
habe, so ist sie jetzt unzugänglicher als je. Ihr Mißtrauen
gegen unbedingte Gewissheiten, geschweige denn, daß
solche wären, sie will Hilfe der reichen Geldmittel,
die Northcliffe zur Verfügung gestellt wurden, wissen-
tlich oder auch nur unwissentlich für die Zwecke der Entente
verwenden. Deshalb scheint man diesem Gegenmeister,
dem man sich Wunderdinge versprochen hatte, nun
den Rat geben zu wollen, sich freundlichst nach einer
neuen Beschäftigung umzusehen.

Nehmen wir an, daß diese Gerüchte den Tatsachen
entsprechen, so können wir dazu nur sagen, daß die Eng-
länder endlich die deutsche Presse nach Gebühr zu schätzen
lernen. Die Zeitungsleute haben von jeher nur mit
einem — zuweilen auch mit äußerem — Protest es über-
gehen lassen, wenn wir mit französischen oder italia-
nischen oder gar mit amerikanischen Berufsgelehrten auf
eine Stufe gestellt wurden. Dabei mochte die Frage der
Zufriedenheit der Öffentlichkeit zur Wahrnehmung des Amtes
Northcliffe über die öffentlichen Interessen ihres Volkes,
wenn auch auf sich beruhen bleiben. Allein vom Stand-
punkt der moralischen Reinlichkeit ergaben sich
schon bei Beobachtung der Verhältnisse in fremden
Ländern, so starke Bedenken, daß wir uns für
die Gleichstellung der Verhältnisse hier und dort nur
dann bedanken konnten. Im Frieden mochte noch
etwas hingehen; auch die Journalisten sind nicht ge-
wöhnliche Menschen und als höfliche Leute drücken sie manch-
mal die Augen zu, wo ein offenes Wort ohne Not und
ohne verhängnisvollen Streit und Ärger zur Folge ge-
hen würde. Im Kriege aber müssen die Mächtigsten
internationaler Kollegialität schweigen. Und so brauchen
wir gar kein Hehl daraus zu machen, daß die
deutsche Presse sich, was die sittliche Zuverlässig-
keit ihrer Gesamthaltung angeht, turmhoch er-
heben muß gegenüber denjenigen ausländischen
Presseorganen, mit der sie von den Londoner Machthabern
auf eine Stufe gestellt wurde, als Herr Northcliffe
das Amt ihres Seelorgans übertragen erhielt.
Wir glauben gern, daß seine amerikanischen Erfolge ihn
in seiner Beziehung mit Zuversicht erfüllen konnten, und
wenn es wahr ist, daß er sich die italienische
Presse, der wir den schmachvollen Verrat unseres ehe-
maligen Bundesgenossen in erster Reihe zu verdanken
haben, ein tüchtiges Stück Geld hat kosten lassen. Aber
wenn wir annehmen, mit gleichen Mitteln auch hierzulande un-
vergleichbare Siege errichten zu können, mußte sich sehr bald
das trügerische erweisen.

Die deutsche Presse mag andere Fehler und Mängel
haben, namentlich wird man sie von einer übermäßigen
Beachtung der Selbstkritik, zur Mangelhaftigkeit gegenüber den
feindlichen Menschen und Zuständen, nicht immer frei-
sprechen können. Aber Versuche, die Unbedachtlichkeit ihres
Wortgebrauchs durch unklare Mittel zu gefährden, werden stets
von vornherein zum Scheitern verurteilt sein. Und läßt
man es in diesem fürchterlichen Kriege auch manchmal an
menschlichem Eifer für u. i. ere gute und gerechte
Sache fehlen, so wird es sich doch nie und
niemals mehr für die in unserem Sinne schimpf-
lichen Mächtigsten eines Northcliffe einfangen lassen.
Die großen hauptstädtischen Blätter ebenso wenig wie die
kleineren und kleineren Blätter, die an ihrem Teile gleichfalls
auf dem Posten steht, um den deutschen Sieg

drang an der Front und drinnen in der Heimat zu ge-
währleisten. Die Engländer heißen auf Grant, wenn sie
der deutschen Presse mit metallischen Gründen beikommen
wollen; darüber wird der Mißerfolg ihres famosen Pro-
pagandachefs ihnen nun wohl jeden Zweifel genommen
haben.

Dr. Sy.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Wie von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird,
nehmen die deutsch-holländischen Verhandlungen einen
günstigen Verlauf, so daß mit einem befriedigenden Abschluß
in absehbarer Zeit gerechnet werden kann. In einem
Berliner Blatt ist u. a. behauptet worden, Deutschland
stelle die Forderung auf Durchführung von Kriegsmaterial.
Demgegenüber wird im Haag auf das bestimmteste ver-
sichert, daß die deutschen Forderungen die Durchführung von
Kriegsmaterial, also Kanonen, Munition, Flugzeugen usw.
nicht enthalten. Gefordert wird nur die Durchführung solcher
Artikel, die völkerrechtlich einwandfrei sind. — Die
Londoner „Daily News“ behauptet, daß zwischen Deutsch-
land und Holland eine Einigung über die Durchführung von
Sand und Kies so gut wie erzielt ist.

* Die Erhöhung der direkten Steuern in Sachsen
wird dem Landtage von der Regierung in einem Nach-
tragsetat vorgeschlagen. Danach soll die Grundsteuer um
100 %, die Ergänzungssteuer (Vermögenssteuer) um 20 %
und die Einkommensteuer bei Einnahmen von 16 000 Mark
ab wachsend bis 100 % erhöht werden, welcher Steuerbetrag
bei Einkommen von 200 000 Mark erreicht wird. Die
Einkommenssteuern usw. sollen nach der Vorlage den
anderthalbsfachen Betrag der persönlichen Personen entrichten.

* Der Hauptausschuß des Reichstages begann am
Mittwoch die Beratungen der Steuervorlagen. In den
Besprechungen kam besonders der Wunsch nach Sicherung
der Einkommensteuer zum Ausdruck. Reichsfinanzsekretär Graf
Reibnitz meinte, eine solche Sicherung durch Bundesrats-
verordnung könne nur herbeigeführt werden, wenn der
Reichstag sie ausdrücklich fordere. Sodann wurde bei der
Beratung der Reichsabgaben für die Post- und Tele-
graphengebühren längere Zeit über die Portofreiheit der
Briefe gestritten. Die Anträge auf Abänderung einzelner
Tarifsätze geben an einen Unterausschuß. Die nächste
Sitzung ist Donnerstag.

* Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist ein Ge-
setzentwurf über die Niederlegung von Untersuchungen
gegen Kriegsteilnehmer zugegangen. Durch diesen Ge-
setzentwurf wird das seit dem 4. April 1915 bestehende
Gesetz über die Niederlegung von Untersuchungen gegen
Kriegsteilnehmer dahin geändert, daß nicht nur Handlungen,
die „vor“ der Einberufung zu den Fahnen, sondern nun-
mehr auch „während“ derselben begangen wurden und zu
Untersuchungen Anlaß geben, niedergelegt werden.
Und zwar niedergelegt „bis zur Beendigung des
Krieges“. Dadurch wird der Zwang zur Einleitung des
Militärverfahrens aufgehoben.

Österreich-Ungarn.

* In einer stark behetzten Versammlung in Lohofitz
warden sich die Deutsch-Böhmern gegen den Minister-
präsidenten Dr. Seidler. Es wurde eine Entschließung
gefaßt, die dem Ministerium Seidler scharfsten Kampf
wegen seiner tschechenfreundlichen Politik ansetzt und den
sofortigen Rücktritt des Ministerpräsidenten verlangt. Hin-
sichtlich der Ernährungsfrage soll die Hilfe des Deutschen
Reiches angeregt werden, wenn von Wien aus keine
energischen Maßnahmen zur Abwehr der Ernährungsnot
getroffen werden.

Frankreich.

* Bei der Eröffnung der Kammer stellten die Ab-
geordneten einstimmig fest, daß im Lande Ruhe und Ver-
trauen herrsche. Die Moral der französischen Armee sei
glänzend. Auch die Adressen der Departementsräte geben
die Gefühle des Landes wieder und sind voller Bewunde-
rung für die Tapferkeit der französischen Armee und der
Armeen der Bundesgenossen. Regierung und Volk ver-
lassen sich vollkommen auf den Oberbefehlshaber.

Großbritannien.

* Die Lage in Irland gestaltet sich immer schwieriger.
Während hunderttausend von Sinnfeindern den Eid leisten,
sich mit allen Mitteln der Einführung der Dienstpflicht
zu widersetzen, rüstet sich die (protestantische) Provinz
Ulster, der Einführung der Selbstverwaltung in Irland
bewaffneten Widerstand zu leisten. Die englische Regie-
rung ist so in eine arge Bedrängnis geraten. Ganz
Irland ist gegen die Dienstpflicht und ein nennenswerter
Teil gegen die Selbstverwaltung. Eine „Lösung“ der
irischen Frage erscheint deshalb ebenso unmöglich als die
von der englischen Meeresleitung so heißerhobene Restru-
kturierung auf der grünen Insel.

Rußland.

* Die Gerüchte von einem Umsturz in Rußland,
die von verschiedenen ausländischen Blättern verbreitet
werden, sind unkontrollierbar, da Petershura von jedem

Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten ist. Allem An-
schein nach hat sich unter dem Druck anarchistischer Ele-
mente eine Annäherung der Bolschewisten an die Bürger-
lichen vollzogen, wie sie von Lenin schon seit längerer Zeit
geplant ist. Tatsache ist, daß infolge der zunehmenden
Hungersnot in Petersburg Revolten stattfanden, die von
Anarchisten zu einem Aufstand ausgenutzt werden sollten.
Die Anarchisten sind aber angeblich entwaflnet worden.
Ein klares Bild der Lage wird man erst gewinnen können,
wenn wieder direkte Nachrichten aus Petersburg ein-
treffen.

Amerika.

* Der Generalkonsul von New York hat dem
Komitee der neuen Freiheitsanleihe eine Liste von 30 000
Zeichnern der Kriegsanleihe der Mittelmächte über-
geben. Man beabsichtigt, um den Erfolg der neuen Anleihe
zu sichern, an diesen 30 000 Bürgern der Vereinigten
Staaten Erpressungen zu begehen. Sie sollen gezwungen
werden, mindestens ebensoviel Freiheitsanleihe zu zeichnen,
als sie deutsche oder österreichische Anleihe gezeichnet
haben.

* Die Deutschenverfolgung in Amerika treibt immer
eigenartigeren Blüten. Der frühere deutsche Generalkonsul
in St. Francisco Franz Bopp und der Deutsche v. Schad
wurden beide zu der Höchststrafe von 2 Jahren Zuchthaus
und 10 000 Dollar Geldstrafe verurteilt, weil sie die Neu-
tralität der Vereinigten Staaten verletzten, indem sie Vor-
bereitungen zur Verhinderung einer Revolution in Indien
trafen.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 1. Mai. Der Kronprinz von Bulgarien hat
gestern Berlin verlassen und sich nach dem kaiserlichen Haupt-
quartier begeben.

Berlin, 1. Mai. Der freikonservative Landtagsabgeord-
nete v. Kardorff, der im Gegensatz zu seiner Fraktion auf
dem Boden der Regierungsvorlage betr. das gleiche Wahl-
recht für Frauen steht, ist aus der Partei ausgeschieden.

Berlin, 1. Mai. Im Ernährungsausschuß des Reichs-
tages wiederholte heute Staatssekretär v. Waldbow seine
Erklärungen über den Stand unserer Ernährung aus dem
preussischen Abgeordnetenhaus vom 27. April.

Berlin, 1. Mai. Der christlichsoziale Reichstagsabgeord-
nete Dr. Burkhardt, Wahlkreis Bittenburg-Dorbern, will
sein Mandat aus Gesundheitsrücksichten niederlegen. Als sein
Nachfolger ist Direktor Teudt vom Replerbund in Godesberg,
christlich-sozial, in Aussicht genommen.

Haag, 1. Mai. Auf der Konferenz der englischen Arbeiter-
partei mit den Vertretern der amerikanischen Arbeiter wurde
eine Einigung über die internationale Konferenz nicht
erzielt.

Wien, 1. Mai. Das rumänische Kriegsministerium unter-
sucht gegenwärtig die Unterstellungen des ehemaligen
Ministerpräsidenten Bratianu in Höhe von 11 Millionen Lei
anlässlich des Ankaufs eines russischen Depots.

Sofia, 1. Mai. Die „Deutsche Balkanzeitung“ erfährt,
daß der Friedensvertrag zwischen Rumänien und den
Mittelmächten in wenigen Tagen abgeschlossen und unter-
zeichnet sein werde.

Genf, 1. Mai. Vor dem Völkergericht hat der Hoch-
verratsprozeß gegen die Medakteure des „Bonnet Rouge“
begonnen, die beschuldigt werden, von Deutschen während
des Krieges Geld zu geheimen Zwecken empfangen zu haben.

Deutscher Reichstag.

(155. Sitzung.)

CB. Berlin, 1. Mai.

Der Reichstag trat heute nach mehrtägiger Pause wieder
zusammen. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die

Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung.

der mit Haft oder Gefängnis denjenigen bedroht, der durch
Verursachung u. a. andere zum Anschluß an Verabredungen
zur Erhaltung besser entlohnter Arbeit zu bestimmen sucht.

Abg. Wedder-Arnberg (Ztr.): Die Vorlage entspricht einem
alten Wunsch der Reichstagsmehrheit. Der Paragraph war
zu einer Ausnahmebestimmung für die Arbeiter geworden, die
mit Haft und Gefängnis belegt werden konnten für Vergehen,
die jeder andere mit Geld büßen konnte.

Abg. Ober (Soz.): Es hat lange gedauert, bis sich die
Regierung von dem Ausnahmeharakter des Paragraphen hat
überzeugen lassen. Offenlich findet nun dieses trübe Kapitel
innerpolitischer deutscher Entwicklung, das so verhängnisvoll
gewirkt hat, seinen Abschluß.

Abg. Dove (Sp.): Auch wir sind für sofortige Annahme
der Vorlage. Das Strafgesetzbuch schützt Arbeitswillige ge-
nügend gegen Verlastungen und Verleumdungen. Im Wirt-
schaftskampf sollen die Waffen wenigstens annähernd
gleich sein.

Abg. Dr. Jund (natl.): Die überwiegende Mehrheit
meiner Fraktion wird für die Vorlage stimmen, die sie als
eine politische und soziale Notwendigkeit ansieht.

Abg. Schiele (Kon.): Wir haben Bedenken und machen
das allgemeine Umlernen nicht mit. Wohin soll die Reise
nach gehen. Früher waren selbst die christlichen Gewerkschaften
für Vertreibung gegen sozialdemokratischen Terror. Die Auf-
hebung des § 153 bedeutet geradezu die Aufrichtung der Herr-
schaft der Streikgewerkschaften.

Abg. Behrens (Dsch. Frakt.): Umlernen halten wir für
keine Schande. Wir schulden den Gewerkschaften viel Dank.
Manche Zwangsmaßnahmen gewisser Kartelle haben dem
Wirtschaftsstande mehr geschadet, als die wildesten Arbeiter-
organisationen.

Abg. Lenten (Soz.): Wir bewundern den Mut der Konventionen, gegen das ganze Haus, an der Ablehnung der Vorlage teilzunehmen.

Das Gesetz wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Nachdem damit diese für das gewerbliche Leben so bedeutungsvolle Vorlage so gut wie erledigt ist, wird die zweite soziale Vorlage der Regierung in Angriff genommen, es beginnt

Beratung des Arbeitskammergesetzes.

Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Hr. vom Stein: Auch zum Wirtschaftskriege nach dem Kriege gilt es die Kräfte zu sammeln. Der vorliegende Gesetzesentwurf soll zu der notwendigen Regelung der Arbeitsverhältnisse beitragen. Besondere Bedeutung wird nach dem Kriege die Arbeitsvermittlung haben, die in engem Einvernehmen mit Arbeitgeber und Arbeitnehmern ausgebaut werden soll. Auch hier haben die Arbeitskammern mitzuwirken. Wir haben an ihrer sachlichen Gliederung festgehalten, weil sie so am besten ihren Zwecken werden dienen können.

Abg. Schiffer-Vorleser: Wir brauchen nicht stols darauf zu sein, daß seit den Kaiserlichen Erlassen, die vor 28 Jahren die Errichtung von Arbeitskammern versprochen, so lange Zeit verstrichen ist. Eingehende Prüfung bedarf die Frage der besonderen Abteilungen für kaufmännische und technische Angehörige. Die Vorlage betrügt wir, aber wir verlangen in wesentlichen Punkten ihre Erweiterung. Redner beantragte die Verweisung an einen besonderen Ausschuss von 28 Mitgliedern.

Abg. Lenten (Soz.): Leider ist in dem Gesetz an verstreuter Stelle der Versuch gemacht, eine Art Streikverbot für die Arbeiter der Eisenbahn- und Postverwaltung einzuführen. Mit einem Nebenabz. diese wichtige Frage lösen zu wollen, ist doch eine harte Leistung. Im Grunde ist nur der alte Gesetzesentwurf wieder vorgelegt worden. Warum ist man den Wünschen des Reichstages so wenig entgegengekommen? Warum hat man nicht jetzt, einen neuen, den Bedürfnissen unserer Tage entsprechenden Gesetzesentwurf ausgearbeitet? Bedenklich ist, daß die Landarbeiter in das Gesetz nicht einbezogen sind. Von der Ausschussberatung erwarten wir gründliche Veränderungen.

Abg. Weinhausen (Soz.): Die Vorlage hat doch nicht lauter Schattenseiten, wie der Redner annimmt. Gewiss sind die Lehren und Aufgaben der jetzigen Zeit nicht überall berücksichtigt, aber die Regierung gibt den Arbeitern doch endlich eine öffentlich-rechtliche Vertretung. Den beruflichen statt des territorialen Aufbaus lehnen wir auch nicht so von vorn herein ab, wie der Abg. Reuten.

Abg. Jeller (natl.) bedauert, daß in der Vorlage die Eisenbahnarbeiter übergangen worden sind. Hier müsse das Versäumnis noch nachgeholt werden.

Abg. Dr. Wildgrube (konf.): So tiefe Gegensätze zwischen Unternehmern und Arbeitern, wie die Gewerkschaften es glauben machen wollen, gibt es nicht. Das deutsche Volk ist keine Zweifelt, sondern eine Einheit; davon muß man ausgehen, wenn man das so wichtige Arbeitskammergesetz in Angriff nehmen will. Im Gegensatz zu den Sozialdemokraten sind meine Freunde für die berufliche Gliederung.

Abg. Behrens (Dsch. Frakt.): Sehr befriedigend ist die Vorlage nicht; sie ist ein Stückwerk, das die Zustände eher verwirrt als verbessert. Fakultative Arbeitskammern sind nicht denkbar, sie müssen obligatorisch und nach meiner Meinung auch territorial abgegrenzt sein. Für die Landarbeiter ist die Vorlage ein Faustschlag ins Gesicht.

Darauf verlegt sich das Haus auf morgen.

Die Wahlrechtsfrage im preussischen Abgeordnetenhaus.

Fortsetzung der zweiten Lesung.

(130. Sitzung.)

4. Berlin, 1. Mai.

Der Besuch des Hauses ist heute zu Beginn der Sitzung wesentlich schwächer als gestern. Am Regierungstisch steht man die Minister Dr. Friedberg und Drews. Zunächst werden fünf neu eingetretene Mitglieder in der üblichen Weise vereidigt. Dann wird die allgemeine Aussprache bei §§ 1 bis 3 fortgesetzt.

Der nationalliberale Antrag für das Zweistimmenrecht.

Abg. Dr. Lohmann (natl.): Ich spreche nur für die Hälfte meiner Fraktion. (Weiteres.) Diejenigen meiner politischen

Freunde, die hinter mir stehen, halten an ihrem Widerstand gegen die Vorlage der Regierung fest. (Lebh. Beifall rechts, ironischer Juchz links. Bravo! rechts.) Wir haben insbesondere die Befürchtung, daß, wenn die Vorlage Gestalt werden würde, die sozialdemokratische Partei sehr stark werden wird. Wenn das Wachstum der Summe der sozialdemokratischen Stimmen in Preußen in dem Maße andauert, wie sie nach den letzten Reichstagswahlen angewachsen waren, dann wird die Zahl der sozialdemokratischen Mandate derart anschwellen, daß sie in absehbarer Zeit mit den Polen und Wenden die Mehrheit im Abgeordnetenhaus haben werden. (Zustimmung rechts.) Ich tue der fortschrittlichen Volkspartei kein Unrecht, wenn ich sie in nahe Verbindung mit der Sozialdemokratie bringe. (Zustimmung rechts und bei einem Teil der Nationalliberalen.) Wir stehen vor einem

Stichwahlbündnis der Fortschrittler mit der Sozialdemokratie. (Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.) Dadurch wird die Macht der Sozialdemokratie außerordentlich zunehmen. Wenn die Sozialdemokratie die nationalen Notwendigkeiten anerkennt und die monarchischen Gefühle nicht verleitet, ist sie für uns eine politische Partei, mit der wir verhandeln können. Aber sie wird vermutlich wirtschaftlich eine Politik treiben, die für den Staat unmöglich ist. (Zustimmung rechts.) Dann

die Wahlenfrage.

Was will die Regierung gegen diese Gefahr tun. Der Redner äußert Befürchtungen für die Anstaltungspolitik bei einer anderen Zusammensetzung des Hauses. Alle diese Bedenken zwingen uns, unseren Widerstand gegen die Regierungsvorlage aufrechtzuerhalten. Wir sagten uns nun, daß das Mehrstimmrecht des Ausschusses nicht allzuviel Aussicht auf Annahme hat. Das Unannehmbar der Regierung ist allerdings noch nicht ausdrücklich ausgesprochen. (Widerstand links.) Wir haben daher einen Antrag auf Einführung des Zweistimmenrechts eingebracht. Die ganze Presse, mit wenigen unruhigen Ausnahmen, hat zugestimmt, daß er eine sachliche Annäherung an die Regierungsvorlage bedeutet. Der Ministerpräsident hat meinen Antrag noch nicht völlig abgelehnt. Ich hoffe, daß in Erwägung der furchtbaren Erregung, die ein Wahlkampf im Volke hervorrufen würde, die Regierung zu Verhandlungen bereit sein wird. Wir befürchten also, daß die Annahme dieses gleichen Wahlrechts eine schwere Erschütterung des ganzen öffentlichen Lebens herbeiführen wird. Preußen wird auch unter dem gleichen Wahlrecht nicht untergehen. (Hört, hört! links.) Wir möchten aber, daß es Preußen nicht unmöglich gemacht wird, eine weiblich sichtbare Städte von Jucht und Kultur und wirklicher Freiheit, die nicht durch die Demokratie gewährleistet wird, zu sein. (Stürmische Zustimmung auf der Rechten und bei einem Teil der Nationalliberalen.)

Zweistimmenrecht unannehmbar für die Regierung.

Minister des Innern Dr. Drews: Wir müssen darauf halten, daß der Kampf der politischen Meinungsverschiedenheiten in lokalen Formen geführt wird. Die Antwort des Vizepräsidenten auf die Frage des Abg. v. Hildebrand, ob der König bei Erlass der Verfassung vom 11. Juli v. J. davon unterrichtet gewesen wäre, daß zwischen der überwindenden Mehrheit des Abgeordnetenhauses eine Vereinbarung über ein Wahlrecht zustande gekommen sei, das Aussicht auf Annahme hatte, wurde als unklar bezeichnet. Der Vizepräsident hat ganz kurz und präzis geantwortet: Ja. (Zustimmung links.) Klarer und deutlicher konnte die Antwort nicht sein. Als wir vor die Frage der Annahme eines Ministeramtes gestellt wurden, mußten wir uns darüber schlüssig werden, was wir als nächste und wichtigste Aufgaben der inneren Politik — und das war in Preußen die Wahlrechtsfrage — betrachteten. Wir haben uns der Lage gegenüber, daß die Allerhöchste Verfassung ergangen war. Wir alle, die wir bereit gewesen sind, ein Ministeramt zu übernehmen, waren der Überzeugung, daß die Lage der Dinge unbedingt erfordere, daß nicht nur eine Vorlage des gleichen Wahlrechts gemacht würde, sondern auch, daß die Regierung mit aller Energie und mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln dafür eintrete, daß sie auch Gesetz würde. Es war nicht bloß eine formelle Wendung, weil die Verfassung da war, die uns dazu nötigte, dafür einzutreten, sondern es ist bei der Gesamtheit des Ministeriums auch die Überzeugung, daß wie die politische Lage einmal war, das gleiche Wahlrecht nicht nur vorgelegt, sondern auch durchgebracht werden mußte. (Beifall links.)

Ein leiser Zweifel schien aus den Ausführungen des Vizepräsidenten darüber hervorzuleuchten, ob der Ministerpräsident gestern richtig und wirklich den Antrag Lohmann

als für die Regierung unannehmbar bezeichnet habe, darüber noch ein Zweifel obwalten, so möchte ich ihn beheben, daß dieser Antrag für die Regierung unannehmbar ist. (Lebh. Beifall links.)

Es kommt dabei ein plutokratischer Einfluß zum Vorschein. Auch bei den anderen Momenten, die für eine Plutokratie maßgebend sein sollen, kommt selbst da, wo das weitestgehende Entgegenkommen gezeigt wird, nämlich wo den Arbeitern Stimmen gegeben werden soll, eine gewisse Erbsüchtigkeit Betracht. Da das Moment nicht in dem Willen der treffenden liegt und deshalb niemals feststeht, ob der jemals in seinem Leben eine Mehrstimme bekommen Bezüglich der

Wirkung auf die Ostmarkenpolitik

wurde bewiesen, daß die Ausführungen des Herrn Vizepräsidenten richtig seien, wonach auch bei dem von Kommission vorgeschlagenen Pluralstimmrecht eine Mehrheit für die bisherige Ostmarkenpolitik nicht vorhanden sein würde.

Abg. Vanden (Soz.) wendet sich gegen den Antrag Mann und tritt entschieden für das gleiche und allgemeine Wahlrecht ein. Es sei Schuldigkeit der Minister, die der Krone durchzuführen. Die Ablehnung der Regierungsvorlage würde große Unruhe im Lande wachrufen.

Abg. Dr. v. Hildebrand (konf.) bemerkt zur Stellung, daß aus den Reihen seiner Freunde dem Vizepräsidenten Dr. Drews, nicht der Vorwurf der Angst vor Sozialdemokratie gemacht worden sei.

Abg. Dr. Völske (natl.) erklärt, die Mehrheit seiner Freunde werde das allgemeine und gleiche Wahlrecht, wie es die Regierungsvorlage wolle, ablehnen. Für eine Auflösung des Hauses könne die Regierung kaum die Verantwortung übernehmen.

Abg. Strich (Soz.) wendet sich scharf gegen das pluralistische Mehrstimmrecht, das die größte Ungerechtigkeit gegen die Kriegsteilnehmer sei.

Abg. Ströbel (N. Soz.) spricht besonders gegen die aufhebung des Wahlalters.

Die Abstimmung über die Wahlrechtsvorlage morgen stattfinden.

Das Mehrstimmwahlrecht angenommen.

WTB Berlin, 2. Mai. (Nichtamtlich.)

Im Abgeordnetenhaus wurde heute der sozialistische Antrag auf Wiederherstellung des § 3 der Regierungsvorlage, der das gleiche Wahlrecht vorsieht, mit gegen 183 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen angenommen.

§ 3 der Kommissionsbeschlüsse, der ein Mehrstimmwahlrecht vorsieht, wurde in namentlicher Abstimmung mit 232 gegen 183 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Vom Tage.

Eine furchtbare feindliche Gegenoffensive ist im Lager der Washingtoner Regierung das die „berühmte“ Deutsche des Fürsten Lichnowski in Hunderttausenden von Exemplaren auf dem ganzen amerikanischen Festlande verbreiten lassen, und England und Frankreich wollen mit Millionen von Exemplaren folgen. Ob dieses Schließen mit Vorfällen in Fernen retten kann, steht dahin, aber das Verdienst, denkt offenbar: Geht's nicht mit dem Tank, so geht's vielleicht mit dem Stank!

Auf der Journalistentribüne des preussischen Abgeordnetenhauses waren in den letzten Tagen die politischen Propheten an der Arbeit. In einem stimmten sie alle überein, daß das gleiche Wahlrecht abgelehnt wird. Dann gingen die Prophezeiungen an; feiner wurde, was die Regierung wird — doch nein, jeder mußte es, jeder etwas anderes. 1. Sie wird auflösen; 2. sie wird nicht auflösen, sondern vertragen und dem Hause „die kalte Schulter zeigen“, d. h. nur gelegentlich, zur Beschlussfassung über die allerwichtigsten Vorlagen zusammenberufen; 3. sie wird nicht das eine noch das andere tun, sondern ein drittes. Nach der Ablehnung der Vorlage, als wäre nichts vorgefallen, an das Herrenhaus gelangen lassen. Dieses wird sie, wie

Die Frau mit den Karfunkelsteinen.

Roman von G. Marlitt.

23)

Nachdruck verboten.

15.

In der darauffolgenden Nacht brauste der erste Oktobersturm durch das Land. Die ganze Nacht hindurch saugte und jochte es in den Lüften und gönnte sich selbst kein Aufatmen; und als es wieder Tag wurde, da pfliff die Sturmwindstöße erst recht durch die Straßen. Die Leute, die über den hochgelegenen Markt gingen, konnten sich kaum auf den Füßen halten.

Die Frau Amtsrätin ärgerte sich. Ihre garten hübschen waren ein wenig unsicher und wackelig geworden. Bei starkem Wind traute sie sich nicht mehr auf die Straße, und so mußten die auf den heutigen Tag festgesetzten Besuche mit der heimgekehrten Enkelin in der Stadt unterbleiben.

Margarete war desto zufriedener. Sie sah droben im Wohnzimmer der Großmama und half der alten Dame mit kleinen Fingern an der großen prachtvollen Stickeret. Der Teppich sollte auf Herberts Weihnachtsfest kommen, wurde ihr geheimnisvoll zugesichert, eigentlich aber sei er dazu bestimmt, im künftigen jungen Haushalt vor dem Damenschreibtisch zu liegen. Und Margarete stützte unverdrossen an den Blütenbüscheln, auf welche der Fuß der schönen Heloise treten sollte.

Um vier Uhr kam auch der Herr Landrat vom Amte heim. Er hatte nebenan sein Arbeitszimmer. Eine Zeitlang hörte man drüben Leute kommen und gehen; der Amtsdienster brachte Altenbündel, ein Gendarm machte eine Meldung, auch bittende Stimmen wurden laut, und Margarete mußte denken, wie doch die tiefe, behütete Stille in den oberen Regionen des alten Kaufmannshauses völlig verschluckt sei.

Trotz des Sturmes wurde auch ein reizend arrangierter Korb voll köstlichen Tafelobstes aus dem Prinzenhof gebracht. Der Frau Amtsrätin zitterten die Hände vor Freude über die Aufmerksamkeit. Sie breitete schmeichelt ein verfallendes Tuch über den Weihnachtsstoppich und rief den Sohn herüber.

Der Landrat blieb einen Augenblick auf der Schwelle stehen, als sei er betroffen, noch jemand außer

seiner Mutter im Zimmer zu finden; dann kam er näher und grüßte nach dem Fenster hin, an welchem Margarete saß.

„Guten Tag, Onkel!“ erwiderte sie seinen Gruß freundlich gleichmütig und stützte auf dem Teppichende weiter, das unter dem Tuch hervorah.

Er zog schüchtern die Brauen zusammen und warf einen zerstreuten Blick auf den Obstuhl, den ihm seine Mutter entgegenhielt. „Seltsame Idee, bei solchem Wetter einen Boten in die Stadt zu jagen!“ sagte er. „Das hatte doch Zeit!“

„Nein, Verzeiht!“ unterbrach ihn die Frau Amtsrätin. „Das Obst ist frisch gepflückt und sollte seinen Duftanhalt nicht verlieren. Und dann — du weißt ja, daß man draußen nicht gern einige Tage vergehen läßt, ohne daß gegenseitig Lebenszeichen ausgetauscht werden. . . . Welch ein köstlicher Duft! — Ich werde dir gleich einen Teller voll Birnen und Trauben hinüberstellen.“

„Danke schön, liebe Mama! Freue dich nur selbst daran. Ich erhebe keinen Anspruch — die Aufmerksamkeit gilt einzig und allein dir!“

Damit atme er wieder hinüber.

„Er ist empfindlich, weil das Lebenszeichen nicht direkt an ihn selbst adressiert war.“ flüsterte die Frau Amtsrätin der Enkelin ins Ohr, während sie nach ihrer Brille griff und die Arbeit wieder aufnahm. „Mein Gott, was kann und darf ja Heloise nicht in der Weise vorgehen! Er ist so schen-verschlossen, so unbegreiflich wenig selbstbewußt und scheint fast zu hoffen, daß sie zuerst das entscheidende Wort herbeiführen soll. Dabei ist er furchtbar eifersüchtig, selbst auf mich, auf seine selbstlose Mama, wie du eben gesehen hast. . . . Ja, Kind, darin wirst du nun auch deine Erfahrungen machen!“ septe sie laut in nachdem Tone hinzu und war damit wieder bei dem Thema angelangt, das der Vize vorhin unterbrochen.

Es handelte sich um das Schreiben des Herrn von Bültingen-Wademly. Margarete hatte das Papier noch gestern abend verbrannt, und die ablehnende Antwort war bereits unterwegs, darüber entschloßte sie aber kein Wort. Sie antwortete diplomatisch einseitig und war immerlich empört, daß die alte Dame den Namen des Juradigenannten einige Male so laut und ungehört nannte, als ob sie er bereits zur Fa-

milte. Es verteilte sie um so mehr, als die Frau Amtsrätin Nebenimmers vorhin nicht fest genug geschlossen geblieben war; der klaffende Spalt erweiterte sich zusehends, und wer drüben aus und ein ging, konnte jede dieser indiskreten Bemerkungen hören.

Die Großmama hatte die Tür freilich im Schließ und konnte nicht wissen, daß sie offen stehe, bis durch ein Geräusch drüben aufmerksam gemacht wurde und sich erstaunt umdrehte. „Wannschest du etwas abzuwart?“ rief sie hinüber.

„Nein, Mama. Erlaube nur, daß die Tür ein wenig offen bleibt; man hat mein Zimmer überhört.“ Die Frau Amtsrätinachte leise in sich und schüttelte den Kopf. „Er denkt, wir sprechen über Heloise, und das ist selbstverständlich Mißverständnis.“

Ohr, raunte sie der Enkelin zu und sprach sofort Prinzenhof und seinen Bewohnern.

Nicht lange mehr, da fing es an zu dämmern. Margarete atmete auf und verabschiedete sich.

Im Treppenhause hing sich der Zugwind — Wunder! — im ersten Stock stand ein Hügel des nach dem Hof gehenden Fensters offen, und der von Norden her über das Dach des Nachbarhauses, schnob direkt hinein und zog wie Draht an den hallenden Wänden hin.

Fortsetzung folgt.

Spanischer Seilmittelschwindel. Da Frankreich nicht genug Medizinpflanzen hervorbringt, hat auf anlassung des französischen Ministers für Handel und Ackerbau eine Gelehrtenkommission in Spanien 50 Tonnen der wegen ihrer schmerzstillenden Eigenschaften in der Medizin sehr geschätzten Giftpflanze Datura monium (gemeiner Stechapfel) angekauft. Die spanischen Händler schickten aber anstatt Datura stramonium 50 Tonnen Xanthium (Spitzklette), eine Pflanze, die nicht die geringste Heilkraft besitzt und nicht viel mehr wert ist als Viehfutter, während Datura zurzeit mit 3 Frank das Gramm bezahlt werden muß. Von den vielen Arten Xanthium ist eine unter dem Namen „Choleraklette“ bekannt; eine andere, die Kopfklette, diente früher zum Färben; schon die alten Römer sollen sie zum Blondfärben der Haare benutzt haben.

Max Schneckenburger, Dichter der „Wacht am Rhein“, ehemaliger Reichskanzler Bernhard Fürst Bülow geb. — Österreichischer Botschafter auf die englische Botschaft. — Österreichischer Seesieger an der Bismarck. — 1917 Erbe eines englischen Durchbruchversuches an der Front.

Sardien: nach einer Drohung mit dem „Wasserscheiden“. So wird die Vorlage an die Zweite zurückgelassen, deren Rechtsmehrheit nicht wegen ein vom Herrenhaus gebilligtes Gesetz abzulehnen; wird ein Kompromiß, einen „Verständigungsfrieden“ sind für ein fünftes: Abwarten...

hat auch Caruso, der Nitter vom höchsten C, seine kleine schöne Tenorstimme, gegen uns in die Wag- annehmen. Er hat im New Yorker Metropolitan-Theater demselben Beifall eine Rede gehalten — sicherlich gegen eine Bezahlung, denn der große Sänger hat sich umsonst hören lassen — und fund und zu wissen, daß die italienisch-amerikanische Zivilisation die deutsche verdrängen werde. Caruso ist und bleibt ein Wä- denn es ist trotz Ben Aliba sicher noch nicht da- daß ein Mann, der so hoch singt, so tief sinkt!

dem russischen Botschaftsgebäude in Berlin wehte am die rote bolschewistische Fahne, und Herr Joffe, Botschafter, hat erklären lassen, daß er an diesem Tag arbeiten und nicht einmal Besuche empfangen. Also die Kaiserin und Streik von oben! Man hat der neu- Diplomatie mehr als einmal vorgeworfen, daß sie Originalität ermangele und allmählich verflumpfe. Das Herr Joffe nicht zweimal sagen lassen, und er scheint zu sein, das Regieren durch ein wenig Abwechslung zu gestalten. Aber wenn Nikolaus in Tobolsk von russischen roten Fahnen hört — — nicht auswendig!

Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 2. Mai. (Unlidl.)
Westlicher Kriegsschauplatz.

Kronprinz Rupprecht und deutscher Kron- in den Schlachtfronten ist die Lage unverändert. Artilleriekampf war im Abschnitt des Kemmel- geliegt. Auch zwischen Somme und Yper-Bach, Montdidier, Vassigny und Rezon lebte er vielfach. In übrigen blieb die Geschäftstätigkeit auf Erkun- beschränkt.

Kronprinz Rupprecht. An der lothringischen Front die französische Artillerie in den Nachmittags- ge. Kleinere Vorstöße des Feindes wurden abgewiesen.

Osten. — Ukraine.
Sébastopol brachen mit feindlichen Widerstand. Nacht wurde am 1. Mai kampflos von uns besetzt. Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Beute in der Westschlacht.
Mit der Eroberung des Kemmelkopfes hat sich die Beute in der Westschlacht bis zum 1. Mai auf 127.000 Gefangene und mehr als 1.600 Geschütze belaufen. Besonders erwähnenswert ist, daß die am 1. Mai eingebrachten Gefangenen zum ganz überwiegenden Teil Gliedmaßen der französischen Armee angehören. Nach vielen Tausenden zählen sie Maschinengewehr- wieder um einige Hundert vermehrt.

Keine Hoffnung auf Amerika!
Die Londoner „Times“ bringt einen längeren Artikel über die Teilnahme Amerikas am Kriege, in dem vor- henden Hoffnungen gewarnt wird. Es heißt da- Senator New habe erklärt, daß von den 12.000 der Versöhnung bis 1. 7. erhalten sollte, bis da- 37 ablieferungsfähig sein werden. Senator Lodge sei, daß in den der Kontrolle des amerikanischen Staatsamtes unterstellten Werften nur zwei Fracht- fertiggestellt sind, und daß es dem Kriegsdeparte- obwohl es ein halbes Jahr mit Verlegen, einen ersten Top des französischen Feldgeschützes herzu- vertrieben, nicht gelungen ist, eine geeignete Waffe zu bauen, so daß jede Kanone in Versöhnung Vinten oder französischen Fabriken entflammt.
Der Artikel schließt: Wir freuen uns der moralischen Wirkung des amerikanischen Volkes und hoffen, daß unendlichen Hilfsquellen und unbefiehbare Energie Sieg schließlich entscheidend machen werden, aber wir verstehen, daß auf Monate hinaus die Bürde, zwischen Angriffen abzuwehren, weiterhin von Frank- und England getragen werden muß.

Ein neues englisches Sperrgebiet.
Die holländische Auswärtige Amt teilt mit, daß die Neutralität die Sperrzone auf der Nordsee wieder- nehmt hat, und zwar auf der Höhe von Ulsire quer die Nordsee nach den Orkney-Inseln. Hierdurch wird Holland gestattete freie Fahrtlinie zwischen Buffelsdör- beiderseits erheblich beeinträchtigt oder vielleicht unbenutzbar gemacht.

Kriegspost.
Berlin, 1. Mai. Der Vater des gefallenen Fliegers Kir- nach Hofen erhielt Beileidstelegramme vom Kaiser, vom Kaiserin, vom König von Sachsen, von Generalmarschall v. Hindenburg und von Generalquartier- Ludendorff.

Stettin, 1. Mai. Durch die Einnahme von Wiborg ist die finnische Meer die letzte starke Wehr des Feindes ge-
Berlin, 1. Mai. Die Kommandanten der in Sebastopol verbliebenen russischen Kriegsschiffe haben sich bereit erklärt, die von den ukrainischen Truppen zu übergeben.

Stettin, 1. Mai. Nicht weniger als 217 italienische Soldaten sind bisher im Kriege abgetötet worden.

Schlußdienst.

(Droht- und Korrespondenz-Meldungen.)

Haus geführte Dampfverkef.

Berlin, 1. Mai. Amlich wird gemeldet: Im westlichen Mittelmeer versenkte neuerdings ein U-Boot, Kommandant Kapitänleutnant Kasing, bei schwerem Wetter 5 Dampfer von zusammen etwa 26.000 Br.-Reg.-To. Alle Dampfer waren gesichert, vier von ihnen stiel beladen.

Der österreichische Botschafter beim Reichskanzler.

Berlin, 1. Mai. Der österreichisch-ungarische Botschafter Brins zu Hohenlohe-Schillingfürst machte gestern dem Reichs- kanzler Dr. Grafen v. Hertling einen Besuch.

Keine Gegenrevolution in Rußland.

Berlin, 1. Mai. Wie die hiesige russische Botschaft mit- teilt, entbehren die dieser Tage verbreiteten Nachrichten über eine Gegenrevolution in Rußland jeder Grundlage. Die Botschaft erklärt, daß sie in ständigem, ununterbrochenem Verkehr mit Moskau stehe und über alle Vorgänge auf dem laufenden erhalten werde.

In Petersburg alles beim alten.

Kopenhagen, 1. Mai. Aus Washington wird gemeldet: Das Staatsdepartement erhielt am letzten Sonnabend vom amerikanischen Botschafter in Petersburg ein Telegramm, worin nicht erwähnt wird, daß die Jarenauhänger wieder die Macht an sich gerissen haben.

Vor dem russisch-ukrainischen Frieden.

Wien, 1. Mai. Der hier eingetroffene ukrainische Ge- sandte erklärte, daß in den nächsten Tagen in Kursk der Friede zwischen Groß-Rußland und der Ukraine ab- geschlossen werden soll.

Bahnhof Vasebroun unter deutschem Feuer.

Berlin, 1. Mai. Der Bahnhof Vasebroun lag gestern unter zusammengefaßtem deutschen Feuer. Einwandfrei wurde starke Wirkung festgestellt. Mehrere Brände sind beobachtet.

Fieberhafte Schanzentätigkeit der Franzosen.

Berlin, 1. Mai. An der Front zwischen Oise und Aare leben die Franzosen ihre fieberhafte Schanzentätigkeit fort. Diese Arbeiten sind infolge des deutschen Feuers, das mit gleicher Heftigkeit auf Anmarschwegen, Ortschaften und Unterständen, Infanterie- und Artilleriestellungen liegt, für die Franzosen mit außerordentlichen Verlusten verbunden. Die Franzosen erwidern vor allem das Feuer auf die Ortschaften und haben bereits die Städte Montdidier, Rezon und Noye sowie zahl- reiche Dörfer in wüste Trümmerhaufen verwandelt.

Amerikanische Flieger auf Hospital- schiffen.

Berlin, 1. Mai. Die amerikanischen Flieger kommen als Mitglieder des amerikanischen Roten Kreuzes auf Hospital- schiffen nach Europa. Dieser Mißbrauch des Roten Kreuzes geht allmählich aus Dokumenten hervor, die ab- geschossenen amerikanischen Fliegern abgenommen wurden. Die Gefangenen geben unumwunden zu, daß es allgemein üblich sei, daß die Flieger für die Überfahrt in den ameri- kanischen Ambulanzdienst eintreten und auf Hospital- schiffen herüberkommen.

Die Ruinen von Oern.

Jülich, 1. Mai. Der „Rürcher Anzeiger“ berichtet: Die englische Seereschiffahrt hat sich in den letzten beiden Tagen gezwungen gesehen, ihre Stellung im Oernbogen noch weiter auszubauen. Das ganze, von den Engländern in 16 Schlachten gewonnene Gelände, ist heute von ihnen wieder aufgegeben. Die Ruinen von Oern liegen bereits in Bereiche der deutschen Feldartillerie. Die Umklammerung hat jetzt ihren Höhepunkt erreicht.

Erste Kuren in Marokko.

Genf, 1. Mai. Aus verschiedenen Mitteilungen der fran- zösischen Presse ist zu erkennen, daß in Marokko eine schwere Aufstandsbewegung im Gange ist. Die französische Re- gierung im Lande konnte nicht verhindern, daß der frühere Sultan die Scheichs zu einer Erhebung gegen Frankreichs Gewalttätigkeiten aufrief. Es sollen bereits Kämpfe statt- gefunden haben, die für die Franzosen ungünstig ver- liefen.

Wilson Diktator?

Kopenhagen, 1. Mai. Die „Times“ meldet aus Washington, es sei möglich, daß der Kongress heute ein Gesetz annimmt, das Wilson Diktatormacht verleiht be- züglich der Fortführung des Krieges. Der Abänderungsantrag, die Bank- und Finanzgebiete von der diktatorischen Macht für den Präsidenten auszuschließen, wurde abgelehnt.

Gerard als Filmschauspieler.

Genf, 1. Mai. Der hiesige Vertreter der Dtsch. Kriegsga- bricht seinem Blatt: Der frühere amerikanische Botschafter Gerard hat sein berühmtes Buch „Vier Jahre in Deutsch- land“ zu einem Kinofilm verarbeitet lassen, wobei er per- sönlich als Darsteller mitwirkt. Die erste Vorstellung des Sena- tionsmachwerks fand in einem Londoner Theater statt. — Der Film veranschaulicht die Javernaffäre, den Besuch der britischen Flotte in Kiel, die Morbidat von Serajewo, den Kronrat in Potsdam, den deutschen Einbruch in Belgien mit ungeheuer- lichen Greuelt, die Verletzung der „Lusitania“, ein ange- liches Eindringen der Polizei in die amerikanische Botschaft in Berlin und die verschiedenen Zusammenkünfte Gerards mit Bethmann Hollweg und Herrn v. Torgow.

Oertliche und Provinznachrichten.

Hachenburg, 2. Mai.

Die Vereinigung für Deutsche Siedlung und Wanderung konnte kürzlich auf ein einjähriges Bestehen zurückblicken. Der Vereinigung stehen für die Durchführung ihrer schweren Aufgabe nach dem Beitritt der größten deutschen Landwirtschaftlichen, Industriellen, Handels- und Schiffsfahrts-Verbände Unterstützungen in erfreulicher Vielfältigkeit zur Verfügung. Zahlreiche Vereine und Ver- bände sind ihr gleichfalls beigetreten. Die Persönlichkeit des organisatorischen Leiters, des früheren Staatssekretärs des Reichskolonialamtes, Dr. v. Vindequitt, bürgt für ziel- bewußten Erfolgs versprechende Arbeit der Vereinigung, die bereits die Gründung eines gleichgerichteten Vereins in Österreich und lokaler Vereine in Ost und West in die Wege geleitet hat. Daneben hat die Vereinigung gemein- sam mit dem „Deutschen Bunde Heimatlich“ ein grund- legendes Werk über das deutsche Wohnungs- und Siedlungswesen geschaffen, das eine Sammlung bewährter und wohlfeiler Haus- und Hofbauten für alle in Betracht kommenden Gegenden, und Verhältnisse enthält, und dessen Bedeutung ohne weiteres einleuchtet, wenn man bedenkt, daß alle städtischen und ländlichen Siedlungsfragen ja zum größten Teil Baufragen sind.

* Die seit vielen Jahren von Herrn Domänenpächter N. Schneider bewirtschaftete, zu einem landwirtschaftlichen Musterhof gestaltete Domäne Kleebergerhof mit Kellers- hof soll am Mittwoch, den 22. Mai 1918, vorm. 9 Uhr in Wiesbaden, Luisenstraße 13, im Sitzungssaale der Königlichen Regierung, für die Zeit vom 1. Juli 1918 bis 1. Juli 1936 meistbietend verpachtet werden. Größe: 99.771 ha (bisher 92.797 ha). Grundsteuer-Reinertrag: 1881,28 M. Erforderliches Vermögen: 145.000 M. Bisherige Pacht 7297,18 M. Nähere Auskunft, auch über die Voraussetzung der Zuweisung zum Meistbieten, erteilt: Königliche Regierung, Abteilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten B. zu Wiesbaden.

§ Hilfe für Geschlechtskranke. Zu den verheerenden Volkskrankheiten, die infolge des Krieges sich nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande stark verbreitet haben, die ebenso wie die Tuber- kulose und die Trunksucht mit allen Mitteln bekämpft werden müssen, gehören auch die Geschlechtskrankheiten (weicher Schanker, Tripper und namentlich Syphilis). Bei diesen Krankheiten ist besonderer Wert darauf zu legen, daß mit ihrer sachgemäßen Behandlung möglichst frühzeitig, nämlich sobald sich die ersten Erscheinungen der Erkrankung zeigen, begonnen wird, weil dann eine völlige Heilung möglich ist; geschieht das nicht, so steht zu befürchten, daß sich erste Folgeerscheinungen ein- stellen, namentlich bei der Syphilis schwere Rückenmarks-, Gehirn-, Leber-, Nieren-, Herzleiden und dergl. mit jahrelangem Siechtum. Allen, die das Unglück hatten, geschlechtskrank zu werden, kann daher nur dringend angeraten werden, beim Ausbrechen von Krankheitser- scheinungen unverzüglich einen Spezialarzt für Geschlechts- krankheiten oder sonst einen in Geschlechtskrankheiten er-fahrenen Arzt aufzusuchen; es läßt sich dann die Be- handlung und Heilung in den meisten Fällen schnell und ohne Verursachung außerhalb des Krankenhauses durchführen. Sofern die Kranken Mitglieder von Kranken- kassen sind, werden die Behandlungskosten von der Kasse getragen; denn auch bei Geschlechtskrankheiten sind die Kassen hierzu verpflichtet. Gehört dagegen der Kranke keiner Krankenkasse an und ist er nicht in der Lage, die Behandlungskosten zu zahlen, so kann die Landesver- sicherungsanstalt Hessen-Nassau in Kassel die Fürsorge für ihn und seine etwa mit erkrankten oder angestechten Familienangehörigen übernehmen; es ist dann ein ent- sprechender Antrag an die Landesversicherungsanstalt zu richten. Wer aber im Zweifel darüber ist, ob er an einer Geschlechtskrankheit leidet, und aus besonderen Gründen nicht sofort einen Arzt in Anspruch nehmen will, möge sich an die von der Landesversicherungsan- stalt Hessen-Nassau eingerichteten öffentlichen Beratungs- stellen für Geschlechtskranke wenden, in denen er unent- geltlich und unter strengster und völliger Geheimhaltung sachverständigen Rat erhält. Die Kosten der Reise zur Beratungsstelle und wieder zurück werden dem Kranken auf Antrag erstattet. Für hiesige Gegend kommt in Betracht die Beratungsstelle in Koblenz, Schloßstraße 51, bei Dr. Salomon, an allen Werktagen nachmittags von 3—7 Uhr und an Sonn- und Feiertagen vormittags von 9—12 Uhr für die Bevölkerung aus den Kreisen Ober- und Unterwesterwald, St. Goarshausen, Unterlahn- kreis. An alle Geschlechtskranke, insbesondere auch an weibliche, ergeht daher das Ersuchen, sich nicht durch falsche, unangebrachte Scham vom Aufsuchen des Arztes oder der Beratungsstelle abhalten zu lassen. Dagegen wird vor der Inanspruchnahme von Kurpfuschern aufs dringendste gewarnt.

Gleibitz, 2. Mai. Die hiesige 500 Hektar (300 Hektar Wald und 100 Hektar Feld) umfassende Gemeindejagd kommt am 21. Mai d. Js., nachmittags 2 Uhr in der Wirtschaft Hülpsch hier neu zur Verpachtung. Die Pachtdauer währt 9 Jahre und beginnt am 5. August 1918. Die in Aussicht genommenen Pachtbedingungen liegen vom 1. Mai d. Js. an zwei Wochen im Bürger- meisteramt hier öffentlich aus.

Allenkirch, 2. Mai. Der Leiterin des Lazarets Gemeindehaus, Frau Pfarrer Hedentrotz wurde die Rote Kreuzemedaillen und den Herren Pfarrer Dicksopf zu Kirchen und Pfarrer Jisemi zu Kosenroth das Verdienstkreuz für Kriegshilfe Allerhöchst verliehen.

— Ueber vierzig Stück Rindvieh, die in dem Stalle des Kreis-Schlachthaus zu Scheuerfeld untergebracht waren, wurden in der Nacht zum Mittwoch das Weite. Die Tiere, die auf dem Bahnhöfen und im Orte umherliefen, konnten morgens wieder eingefangen werden. Zwei Kühe sind von heranfahrenden Zügen überfahren und getötet worden.

St. Goarshausen, 30. April. Gestern morgen wurde auf dem hiesigen Bahnhof der Fabrikfeuerwehrmann Grüber aus Köln festgenommen, der in letzter Zeit viel- fach in hiesiger Gegend gekamert hatte. Auch diesmal führte er einen Sack Weizenmehl mit sich. Seiner Ver- kassung fehlte er energischen Widerstand entgegen und schloß mit einem Revolver nach dem Wachtmeister, der die Festnahme ausführte. Der Beamte wurde an der Schulter und am Hals getroffen. Im Amtsgerichts- gefängnis machte er später einen Selbstmordversuch, wurde aber noch rechtzeitig an seinem Vorhaben gehindert.

Rab und Fern.

o Kronprinz Wilhelm, Hindenburg und Ludendorff-Brücke. Der Kaiser hat befohlen, daß die Rhein-Eisen- bahnbrücke bei Engers, die der Landesverteidigung wichtige Dienste geleistet hat, den Namen Kronprinz Wilhelm-Brücke führen soll. Die neue Rheinbrücke bei Rudesheim soll nach dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg benannt werden, die Rheinbrücke bei Remagen nach dem General Ludendorff.

O Abschluß der J. E. G. Die J. E. G. teilt gegenüber Mitteilungen, die ihr Riesengewinn andichten, mit: Das erste Geschäftsjahr der J. E. G. (1915) hat bei einem Warenumsatz von vielen Hunderten von Millionen Mark mit einem Gewinn von 330 000 Mark abgeschlossen. Der Abschluß des zweiten Geschäftsjahres (1916) hat weder einen Gewinn noch einen Verlust aufgewiesen. Die Bilanz würde infolge des Ausbruchs des Krieges mit Humanen einen Verlust von Millionen ergeben haben, wenn sich nicht das Reich bereit erklärt hätte, den durch diesen Krieg entstandenen Verlust zu decken. Der Abschluß für das dritte Geschäftsjahr (1917) liegt noch nicht vor. Die Annahme, daß er einen großen Gewinn aufweisen werde, ist haltlos.

O Überschwemmung in Eisenach. Ein schweres Unwetter wüthete über der Stadt Eisenach und im Hildesheimer. Es richtete schweren Schaden an und hatte ein Hochwasser zur Folge, wie Eisenach es in den letzten Jahrzehnten nicht erlebt hat. Soldaten wurden zur Hilfe aufgebieten und retteten die Einwohner aus den bedrohten Häusern. Der Schaden wird auf Hunderttausende geschätzt. Die Obhütte litt schwer unter dem Hagelschlag.

O Eine drastische Zurechtweisung erfuhr in einem Gasthause zu Oldenburg bei Rumburg ein Tscheche, der sich daselbst ein Glas Bier bestellte, aber ein Glas verlangte, aus dem noch kein Deutscher getrunken habe. Die Kellnerin meldete dies dem Wirt, der ohne Zögern dem tschechischen Gaste ein Geschloß vorsetzte mit der Versicherung, daß daraus noch kein Deutscher getrunken habe. Unter dem Hohnlächeln der übrigen Gäste entfernte sich darauf der tschechische Nationalheld aus dem Lokal.

O Unterschlagungen eines Ministerpräsidenten. Auf Jassy wird gemeldet: Das rumänische Kriegsministerium untersucht gegenwärtig die Unterschlagungen des ehemaligen Ministerpräsidenten Bratianu. Sie belaufen sich auf 11 Millionen Lei (1 Lei = 80 Bg.). und sollen bei Ankauf eines russischen Depots begangen worden sein.

O Landesausstellung Kiew. Das ukrainische Ministerium für Handel und Industrie will demnächst eine ukrainisch-österreichisch-ungarisch-deutsche Warenausstellung ins Leben rufen, deren Zweck die Bedienung des Interesses der Abnehmer für die Erzeugnisse von Industrie und Handel und eine Nachweisung der ukrainischen Bodenschätze und der Mittel zu ihrer Ausnutzung ist. Die Ausstellung soll Anfang Juni in Kiew eröffnet werden.

O Der Erfinder des künstlichen Rebels. Bei dem englischen Angriff auf Bebränge ist der Hauptmann Arthur Brool, der Erfinder des künstlichen Rebels, der gerade bei diesem Angriff zum erstenmal erfolgreich zur Anwendung gelangte, gefallen. Er war bei einem englischen Fluggeschwader und verlor bei einem Angriff auf die Mole sein Leben.

O Eine friedensfreundliche Millionärin. In Kansas City ist die Frau des Millionärs Phelps Stokes verhaftet und angeklagt worden, weil sie in einem Briefe an die Redaktion einer Parteizeitung geschrieben hatte, der Krieg diene Ausbeutern, sie aber diene dem Volk, darum sei sie gegen Regierung und Krieg. Auch soll sie pazifistische und englandfeindliche Reden gehalten haben. Die Angeklagte wurde gegen Bürgschaft von 40 000 Mark vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Rittshofen beerdigt wurde. Der „Petit Parisien“ schreibt über den Tod und die Beerdigung des Rittmeisters Freiherrn v. Rittshofen: Der 22. April war im ganzen ruhig. Die große Kanone selbst verstummte, als am Mittag Freiherr v. Rittshofen, der Führer des „Roten Geschwaders“ in einem kleinen Friedhof in der Nähe der Front von Amiens zur letzten Ruhe getragen wurde. Sechs Piloten der englischen Luftstreitkräfte behaupten, ihn abgeschossen zu haben, als er, nur von einem ebenso kleinen roten Fokker, wie es seiner war, gefolgt, die Höhe überflog. Ein Untersuchungskomitee wurde gebildet, um den Streit zu schlichten. In einem Fliegerzeit nahmen die Ärzte den entblößten Oberkörper in Augenschein. Sie stellten die Spuren von sechs Verletzungen durch Maschinengewehrfeuer fest. Eine Kugel war oberhalb der Herzgegend eingedrungen. Der Körper wurde in einen Sarg gelegt, dessen schwarze Bemalung unter den Immergrünfräusen verschwand. Sechs Offiziere, die gleichen, die mit dem Geschwader gekämpft hatten, luden den Sarg auf ihre Schultern und der Leichenzug setzte sich zwischen den Reihen der Soldaten hindurch in Bewegung. Nachdem der englische Geistliche ein kurzes Gebet verrichtet hatte, wurden zu Ehren des Toten drei Salven abgeschossen, während Flugzeuge aller Geschwader über der Stätte kreisten. Auf dem Sarg wurde eine Aluminiumtafel befestigt. Sie trägt in englischer und in deutscher Sprache die Inschrift: „Kavalleriehauptmann (Rittmeister) Manfred Freiherr v. Rittshofen, 25 Jahre alt, im Kampfe getötet, April 1918.“ Auf dem Grabhügel wurde ein schwarzes Holzkreuz, mit Immergrün umrankt, aufgestellt. In einem der Kränze befand sich ein Band mit den preussischen Farben und den Worten: „Einem tapferen und gerechten Gegner!“

Volls- und Kriegswirtschaft.

* Industriekohlen-Jahreskarte. Wie verlautet, kommt der Meldung des Verbrauchs im vergangenen und des Bedarfs für den kommenden Winter beim Reichskohlenkommissar zwischen dem 1. und 5. Mai besondere Bedeutung zu. Die erforderlichen Reichs-Jahresmeldefarben sind zusammen mit den üblichen Mai-Meldefarben für gewerbliche Verbraucher bei den bekannten Stellen (Ortskohlen, Kriegswirtschafts-, Bezirkskohlen, Kriegsamtsstellen) für 1 Mark das Stk und 25 Pfennig das Einzelkartenpaar erhältlich. Wo noch nicht geliefen, ist es zur Vermeidung unliebsamer Störungen in

der Kohlenzuweisung dringend ratham, sofort die Vorarbeiten zu beenden.

* Über Zuteilung von Schuhwerk für Behörden. Wohlfahrtsvereinigungen teilt eine neue Bekanntmachung. Die Versorgung der Behörden, öffentlichen Anstalten, Wohlfahrtsvereinigungen umfasst Schuhwerk, das im Besitz der Behörden, öffentlichen Anstalten und Wohlfahrtsvereinigungen benötigt wird und zur ausschließlichen Verfügung dieser Stellen bleibt. Auf das Schuhwerk, das für den öffentlichen Gebrauch der Angestellten und Inassen von Anstalten und Wohlfahrtsvereinigungen bestimmt ist und zur eigenen Verfügung überlassen wird, finden entwerfende Bestimmungen über Schuhbedarfscheine oder allgemeine Bestimmungen über neues Berufsschuhwerk Anwendung. Zu den Wohlfahrtsvereinigungen zählen auch private Anstalten, deren Gemeinnützigkeit von der höheren Verwaltungsbehörde ihres Betriebes anerkannt ist. Für das Schuhwerk, das für die Wohlfahrtsvereinigungen bestimmt ist, gelten insbesondere noch Vorschriften über Anfertigung. Die Bestimmungen sind mit dem 20. April in getreten. Damit verlieren alle Bezugsscheine, die die Befreiungsbefugnis bis zum 31. März 1918 für den Bedarf und Anfertigungsbefugnis ausgestellt hat, ihre Gültigkeit. Die Scheine und den Händlern ist es verboten, auf diese Scheine noch Schuhwaren abzugeben. Im Anschluß an diese wird eine Bekanntmachung über die Lederzuteilung von Berufsschuhwerk mitgeteilt. Danach gilt als Berufsschuhwerk 1. Arbeiterschuhwerk, das mit Lederstoff und Leder hergestellt ist, 2. Kriegsschuhwerk mit Vollholzkohlen Sohlen.

* Verfallfristen in der Angestellten-Versicherung. wichtige Verordnung ist durch den Bundesrat erlassen worden. Nach dem Versicherungsgebot für Angestellte jeder Anspruch an die Versicherung für solche Angestellte, die durch Berufswechsel infolge von Arbeitslosigkeit aus der Versicherungspflicht ausscheiden, wenn sie in jedem Kalenderjahre mindestens acht freiwillige Beiträge zahlen oder bei der Reichsversicherungsanstalt Angestellte vor Ablauf des der Gültigkeit folgenden Jahres um Stundung dieser Beiträge einkommen. Diese an sich recht scharfe Bestimmung hat besonders im Kriege zu geführt, weil ein Berufswechsel ungewöhnlich häufig erfolgt. Die neue Verordnung bestimmt nunmehr, daß die Zahlung der rückständigen Beiträge bzw. die Einreichung Stundungsanträge noch Gültigkeit haben, wenn sie vor Ablauf des Kalenderjahres erfolgen, das dem Ablauf des Kriegsjahres folgt.

Aus dem Gerichtssaal.

§ 53 100 Mark Geldstrafe. Das Schöffengericht in Dürheim verurteilte den Großhändler Friedrich Dreier, der in Dürheim Gemüße, besonders Bohlen, Zwiebeln, zu hohen Preisen aufkauft und nach Gumbinger in Breinsheim, die für Dreier Gemüße Berlin landete, wurde zu 10 500 Mark Geldstrafe, die in Wädel und Subst zu 7100 und 4500 Mark Geldstrafe verurteilt.

Für die Schriftleitung und Anzeigen verantwortlich: Theodor Kirchhölzl in Gumburg.

Bekanntmachung.

Laut Bekanntmachung vom 26. März 1918 betreffend Beschlagnahme, Enteignung und Meldepflicht von Einrichtungengegenständen wird für folgende Gegenstände, welche demnächst zur Ablieferung gelangen müssen, auf Verlangen behördlich Erfasung geleistet:

- a) für Gewichte von 2 Gramm Stückgewicht und darüber,
- b) für Hohlmaße (Maßgefäße, auch Maßlatten genannt),
- c) für Brauseköpfe von Bade-Einrichtungen in Bade-Anstalten, Krankenhäusern, gewerblichen Betrieben, und öffentlichen Einrichtungen,
- d) für Fenstergriffe und Fensterknöpfe, welche zur Betätigung eines Verschlusses dienen
- e) für Türklinen, Türgriffe und Türhandhaben, Türknöpfe zur Betätigung eines Verschlusses mit den dazugehörigen Unterlagen an Korridoren und Zimmertüren, an Badentüren, an Haustüren, an Treppentüren, an Windschutten und an Fahrstuhlklappen.

Da der Erfasung für die abgelieferten Gegenstände rechtzeitig bestellt werden muß, ersuche ich, die genannten Teile am 4. d. Mts. auf dem hiesigen Bürgermeisterrat zu bestellen.

Gumburg, den 2. 5. 1918. Der Bürgermeister.

Butterverkauf

am Samstag, den 4. Mai, bei Kaufmann Otto Schulz
1-2 Uhr nachm. an Inhaber der Fettkarte mit Nr. 1-125
2-3 " " " " " " " " 126-250
3-4 " " " " " " " " 251-375
4-5 " " " " " " " " 376-Schulz.

Die Abgabe vor oder nach den festgesetzten Verkaufsstunden findet in keinem Falle mehr statt.
Gumburg, den 3. 5. 1918. Der Bürgermeister.

Bekanntmachung

Betr.: Verleihung des Abzeichens für Verwundete.
Nach der Allerhöchsten Kabinetts-Ordre vom 3. März 1918 soll den im Dienste des Vaterlandes Verwundeten als besondere Anerkennung ein Abzeichen verliehen werden.

Als Verwundung gelten: Alle äußeren oder inneren Verletzungen durch unmittelbare oder mittelbare Einwirkung von Kampfmitteln ohne Rücksicht auf die Schwere der Verletzung. Verletzungen infolge unvorsichtiger und leichtsinniger Handhabung der eigenen Waffe rechnen nicht dazu.

Den Verwundungen sind gleichzusetzen: Alle sonstigen Gesundheitsbeschädigungen Angehöriger im Felde stehender oder vorübergehend außerhalb des Kriegsschauplatzes verwendeter mobiler Verbände, vorausgesetzt, daß diese Gesundheitsbeschädigungen durch die besonderen Gefahren des Kriegsdienstes hervorgerufen oder verschlimmert sind und lediglich aus diesen Gründen die Entlassung aus dem Heeresdienste zur Folge haben.

Die mit Rente entlassenen Heeresangehörigen erhalten das Abzeichen ohne Weiteres. Alle übrigen entlassenen Heeresangehörigen, welche glauben, auf das Abzeichen Anspruch zu haben, werden hierdurch aufgefordert, das Abzeichen beim zuständigen Bezirksfeldwebel schriftlich zu beantragen und die Militärpapiere beizufügen. Es ist dabei anzugeben:

Tag, Ort, Art der Verwundungen unter Angabe des Truppen- teils (Komp. pp.) und des Lazarets, in welchem die Behandlung erfolgte. Um unnötigen Schriftwechsel zu vermeiden, wird bemerkt, daß die Verleihung voraussichtlich erst in 3 bis 4 Monaten erfolgen kann.

Limburg a. d. Lahn, den 2. 5. 1918.

Agl. Bezirkskommando.

Heinrichsen
Oberstleutnant a. D. und Bezirkskommandeur.

Neuheiten in Ansichtskarten

Geburts- und Namenstagskarten und Karten zur Verlobung und Vermählung in großer Auswahl.

Buchhandlung Th. Kirchhölzl, Gumburg.

Todes- + Anzeige.

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, gestern nachmittag 4^{1/2} Uhr meine liebe Frau, unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin, Tante

Frau Wilhelm Lommel

Luise geb. Rist

nach kurzem Leiden im Alter von 62 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Wied, Südbankreich und Wellenbach, den 3. Mai 1918.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Wilhelm Lommel.

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittag 3 Uhr statt.

Dankagung.

Für die erwiesenen Wohlthaten während der langen Krankheit und die herzliche Teilnahme an dem Hinscheiden unseres nun in Gott ruhenden unvergesslichen ältesten Kindes

Agnes Bellinger

sowie für die vielen Kranzspenden, gestifteten hl. Messen und das zahlreiche Grabbeileiten sagen wir hierdurch unseren herzlichsten Dank. Besonders danken wir nach Herrn Pfarrer Schleppinghoff und Hl. Elisabeth Johanna Brenner für ihre großartigen Bemühungen während des schweren Leidens der Dahingeschiedenen.

Gumburg, den 2. Mai 1918.

In tiefer Trauer:

Familie Wilhelm Bellinger.

Einkochdosen

Benzin in Flaschen

Heidebesen das Stück zu 40 Pfg.

empfiehlt

Josef Schwan, Gumburg.

Vanillin-Zucker

im Paket zu 15 Pfg.

zu haben bei

K. Dasbach, Gumburg.

Salinen- und Chrysal-

Koch- und Viehfalz

grob und fein, stets reichlich

am Lager. Ebenso

Brätter, batten und Dielen.

Gegen Einsendung von

Saatarten und Füllsäcken

liefern wir Saatkörner und

Sackweizen.

Prima Wascheextrakt

in 50 Pfd.-Gläsern.

Ein Versuch sehr zu empfehlen.

Carl Müller Söhne

Bahnhof Ingebach (Kroppach).

Gumburg, den 2. 5. 1918.

Am Altenkirchen.

Karl Baldus, Hachenburg

Särge

von den einfachsten bis zu den feinsten Ausführungen. Preisliste. — Ueberführung per Kiste und Kiste. Leichenwäsche alle stets vorrätig.

Für sofort wird ein tüchtiges

evangel. Mäd.

oder Kriegswirtin

einem Rinde. Nicht

schlossen spätere

Zu erfragen in

schärfste Stelle d. Bl.

Tüchtiges

Dienstmäd.

und

Hausburgen

per sofort oder später

Karpinof

Hotel zur

Gumburg.

Für 2 Personen (M.

8 Jähr. Junge) wird per

3-4 Wochen

Land-Außen

in Gumburg od. Gumburg

familie gegen zeitgemäße

Entlohnung gesucht.

G. H. Fischer-ten

Gg. Gumburg

Lothring

Garantierter bester

Westerwald

Bulle

17 Monate alt, et

Herbuchtier, zu

bei

Karl Kornab,

Bettbarchent

in 130, 150 und 160 breit, in rot und

Bettfedern und Damm

Bettstellen, komplette Betten und

empfiehlt

Berthold Seewald, Gumburg.